



Pressebeleg
„action“, Juni 2006

SCHWEIZER WEHRINDUSTRIE

Unter politischem und wirtschaftlichem Druck

Wieder einmal versucht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die Armee durch ein Hintertürchen abzuschaffen. Mittels einer Initiative soll der Export von Wehrmaterial komplett unterbunden werden.

Die Schweizer Wehrindustrie ist ein wichtiger Pfeiler der Sicherheitspolitik. Sie trägt dazu bei, die materielle Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee sicherzustellen. Wenn die Schweiz weiterhin eine bündnisfreie und neutrale Sicherheitspolitik betreiben will, setzt dies eigene verlässliche Ressourcen voraus. Zu dieser Sicherheitspolitik gehört die Versorgung der Armee mit dem notwendigen, in der Schweiz produzierten Rüstungsmaterial. Die schweizerische Wehrindustrie ist heute hochspezialisiert und konkurrenzfähig – in einigen Bereichen gar marktführend. Als High-Tech-Industrie bietet die Wehr- und Sicherheitsindustrie mindestens 7000 Arbeitsplätze. Rund 10000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von Zu- und Unterteilern der Wehrindustrie ab.

Die einst autonomen Schweizer Produzenten im Wehrtechnikbereich sind heute zum Teil Bestandteil grosser internationaler Konzerne geworden. So gehören die Oerlikon Contraves AG, RWM Schweiz AG und Nitrochemie Wimmis AG zur deutschen Rheinmetall AG und die MOWAG zu General Dynamics (USA). Gleichzeitig hat sich die Marktposition der schweizerischen Wehrindustrie in den letzten Jahren eher verschlechtert: Der Heimmarkt, die Schweizer Armee, schrumpft. Der Inlandanteil bei Rüstungsprogrammen sank in den letzten Jahren auf 20 Prozent des gesamten Rüstungsprogramms. Das Ende des Kalten Krieges hinterliess viele Konkurrenten der ausländischen Wehrtechnik-Konzerne in der gleichen Situation; die internationale Konkurrenz ist deshalb härter geworden. Umso wichtiger ist, dass auch die Schweiz ihrer Wehrindustrie vergleichbare Rahmenbedingungen für den Export gewährt.

Kein Aufwuchs ohne Export

Der vom Bundesrat im Frühjahr 2005 beschlossene Entwicklungsschritt 08/11 will einen Rückbau der Kernkompetenz Verteidigung. Ein kleiner «Aufwuchskern» soll durch Know-how-Erhaltung die Kompetenz zur Verteidigung sichern. Im Bedarfsfall würde dann die für die Verteidigung nötige Stärke wieder erlangt. Diese Garantie – die Aufwuchsfähigkeit – wurde von den Verantwortlichen aber bis heute nicht gegeben, und nicht zuletzt daran scheiterte die Reform an

der bürgerlichen Opposition im Nationalrat. Für diese ist klar, dass das Aufwuchsprinzip auch eine einheimische Wehrindustrie bedingt, welche die notwendige Basisausrüstung produzieren kann. Denn beim Aufwuchs geht es nicht nur um die Know-how-Erhaltung der Armee, sondern auch um die der Industrie. Dies bedingt aber eine gesunde Wehr- und Sicherheitsindustrie, die allerdings nur mit Exporten existieren kann.

Die Schweizer Vorschriften für den Export von Wehrmaterial sind auf international vergleichbarem Niveau. Sie entsprechen beispielsweise dem massgebenden «Code of Conduct» der EU. Die schweizerischen Gesetze sind heute schon umfassend und ausreichend. Mit dem 1998 in Kraft getretenen Kriegsmaterialgesetz (KMG) und dem Güterkontrollgesetz (GKG) verfügt die Schweiz über gesetzliche Vorlagen, um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und ihre ausserpolitischen Grundsätze zu wahren. Dabei muss sie ihre für die Sicherheit und Volkswirtschaft so wichtigen industriellen Kapazitäten nicht preisgeben. KMG und GKG sind wichtige Instrumente in der Hand des Bundesrates. Die Bewilligungspraxis ergibt sich aufgrund von Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage. Das heisst, neue Konflikte und andere relevante Einflüsse führen zu einer steten Anpassung der Bewilligungspraxis. Für eine flächendeckende massive Verschärfung der bundesrätlichen Bewilligungspraxis gibt es also keinen Grund.

Exporte ermöglichen das Überleben der schweizerischen Wehrtechnikindustrie. Sie braucht aber Rechts- und Planungssicherheit. Ansonsten droht die Produktion ins Ausland verlagert zu werden. Dann gingen sowohl Know-how als auch die Arbeitsplätze verloren. Dies würde allein bei den Rheinmetall-Firmen in der Schweiz knapp 1240 Mitarbeiter, darunter mehr als 80 Lehrlinge, betreffen. Die Konsequenzen bei der Schweizer Zulieferindustrie nicht mitgerechnet.

Die GSoA will mit ihrer Initiative zur Schwächung der Schweizer Sicherheit ein komplettes Ausfuhrverbot von Rüstungsgütern erreichen. Sie provoziert die weitgehende Liquidierung der Schweizer Wehrindustrie. Nebst dem Know-how und dem volkswirtschaftlichen Beitrag, die verloren gingen, wäre in Zukunft die Schweizer Armee vollständig auf ausländische Wehrtechnik angewiesen: Denn die aufgrund kleiner Serien völlig unrentable und politisch nicht zu rechtfertigende eigene Entwicklung und Produktion für die eigene Armee käme in kurzer Zeit zum Erliegen, da die Belieferung der Schweizer Armee alleine nicht ausreicht, um eigene Rüstungsfirmen zu betreiben.

Von der Initiative sind aber weit mehr Güter betroffen, als die Initianten behaupten. Sie würde den Export von sogenannten «besonderen militärischen Gütern» für die gesamte Schweizer Industrie verbieten. Dies sind Güter, die für militärische Zwecke konzipiert oder abgeändert worden sind (z. B. spe-

zielle Härtung). Auch gewisse Schutzkleidung (Schutzwesten, Helme) welche bereits heute als Ausrüstung von Sicherheitsorganen (Polizei, Gendarmerie, Guardia Civil usw.) verwendet werden, dürften in Zukunft nicht mehr exportiert werden. Betroffen wären auch Teilkomponenten von Funk- und Optiksyste men und eine grosse Anzahl von Chemikalien. Ebenfalls sind die militärischen Trainingsflugzeuge von der Initiative betroffen. Ein Ausfuhrverbot solcher Güter würde die Existenz der schweizerischen Flugzeug-, Maschinen- und anderer Hightech-Industriefirmen (Optik-, Laser-, Übermittlungs-, Überwachungs-, Chiffrier- Laborgeräte usw.) sowie die Hersteller von präzisen elektronischen und mechanischen Komponenten massiv gefährden.

Forschung Schweiz betroffen

Was für den Forschungs- und Denkplatz Schweiz jedoch noch folgenreicher wäre, ist das von den Initianten geforderte Verbot des Exports von Immaterialgütern wie Lizenzen, einschliesslich Technologien, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von besonderen militärischen Gütern benötigt werden. Das heisst, dass in Zukunft die Forschungsausgaben der Industrie nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in vielen ähnlichen Bereichen reduziert würden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die heute global tätige Industrie darauf angewiesen ist, ihre Forschungsergebnisse global einzusetzen. Ein Verfahren, welches ursprünglich zur Herstellung von «Zivilprodukten» entwickelt wurde, aber modifiziert auch für eine militärische Anwendung genutzt werden könnte, dürfte nach Annahme der Initiative nicht mehr ins Ausland transferiert werden.

Bereits das Zustandekommen der Initiative wird für den Forschungsplatz Schweiz negative Auswirkungen haben, da Investitionen in die Forschung meist zu langfristigen Verpflichtungen führen. Warum sollte die private Industrie in Zukunft den Forschungsstandort Schweiz fördern, wenn sie nicht sicher ist, ob die Forschungsergebnisse in 5 bis 10 Jahren noch global verwendet werden können? Insbesondere im Bereich der Forschung darf der drohende Know-how-Verlust nicht unterschätzt werden: Düsenantriebe, GPS, Internet und vieles mehr wurde zuerst für die militärische Anwendung entwickelt. Die (Mit-) Entwicklung solcher Technologien wären für die Schweiz für immer verloren.

Die Initiative ist aus wirtschaftlichen und insbesondere sicherheitspolitischen Gründen klar abzulehnen. Es besteht auch kein Bedarf, das bewährte Exportregime KMG/GKG, das internationale Standards bereits erfüllt, unnötig zu verschärfen. Bundesrat und Politik sind gut beraten, die aktuelle Politik weiterzuführen. Sie ist in Bevölkerung und Wirtschaft gut verankert.

Andreas Meier, Leiter Exportkontrolle Oerlikon Contraves AG und Vorstandsmitglied des Angestelltenverbandes Oerlikon Contraves.

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (www.asuw.ch)

Cercle de travail sécurité et technique de défense (www.cstd.ch)

Circolo di lavoro per la sicurezza e le tecniche di difesa (www.cstd.ch)